

Vom Politikermangel zum Markt für gute Politik



Bild: zvg

Wie können Stellen in den Verwaltungen einfacher besetzt werden? Und wie kann das Milizprinzip gestärkt werden? Reiner Eichenberger, Professor an der Uni Fribourg, ist bekannt für provokative und unkonventionelle Vorschläge.

«SG»: Die Gemeinden leiden unter Personalmangel sowohl in den Exekutiven als auch in den Verwaltungen. Woran liegt das?

Reiner Eichenberger: Erstens haben kommunale Ämter aus verschiedenen Gründen an Attraktivität verloren: Der Handlungsspielraum wird zunehmend durch kantonale und eidgenössische Vorgaben eingeschränkt. Beruflich engagierte Menschen sind heute häufiger international unterwegs, was die Ausübung stark ortsgebundener Tätigkeiten erschwert. Viele Arbeitgeber sind international orientiert und deshalb weniger an der lokalen politischen Einbettung ihrer Mitarbeiter interessiert. Und die nichtmonetären Erträge für manche Amtsträger sind gesunken, unter anderem weil weniger Land eingezont werden kann und Aufträge wegen der Ausschreiberichtlinien nicht mehr leicht lokal vergeben werden können. Zweitens leiden auch die Wirtschaft und die Kantons- und Bundesverwaltung un-

ter Personalmangel, wenn die Qualität der Bewerber berücksichtigt wird. Bei kommunalen Ämtern wird der Mangel nur besonders gut sichtbar. Weil die Nichtwahl infolge Fehlqualifikation und schlechten Leistungen im Amt öffentlich sichtbar sind, ist es für wenig qualifizierte Kandidaten unattraktiv, sich zu bewerben. Das ist anders bei Jobs, wo Misserfolg weniger gut sichtbar ist. Da gibt es zumindest viele unqualifizierte Bewerber.

Sie schlagen vor, die Exekutiven zu professionalisieren, wie es der Kanton St. Gallen macht. Was soll das bringen? Ich fordere nicht Professionalisierung, sie ergibt sich. Vielmehr bin ich überzeugt, dass wir die Wohnsitzpflicht für Politiker zumindest zum Wahlzeitpunkt aufheben müssen. Das würde es Politikern erlauben, an einem Ort ein Amt zu

halten und zugleich an einem anderen Ort für ein Amt zu kandidieren. So könnte ein «offener Markt für gute Politik» entstehen. Das ist ja nur das System, das wir auch in der Privatwirtschaft haben. Stellen Sie sich vor, Basler Unternehmungen dürften nur Führungskräfte anstellen, die schon in Basel ihren Wohn-

sitz haben. Damit wäre Basel wirtschaftlich sofort erledigt.

Das ist aber genau das System, das wir in der Politik haben. Wenn wir den Markt öffnen, werden viele erfolgreiche Lokalpolitiker nicht mehr danach trachten, möglichst Kantons- und dann Nationalräte zu werden, also vertikal in ziemlich anders geartete Jobs aufzusteigen – sondern sie werden horizontal wandern. Sie werden versuchen, wirklich gute Kommunalpolitiker zu werden und in grössere Gemeinden und Städte zu wechseln. Das System funktioniert für die

Betrachtet man die Qualität der Bewerber, ist Personal überall knapp.

Bürgermeister in Baden-Württemberg perfekt. Über 80 Prozent der Bürgermeister waren bei ihrer Wahl nicht Einwohner der Gemeinde, in der sie gewählt wurden, also aus Sicht der Wähler die besten Kandidaten. Besonders interessant ist, wie sich viele Bürgermeister für die Wahl rüsten: Sie lernen den Beruf. Sie besuchen eine Bürgermeisterschule. Wer den Job beherrscht, hat bessere Wahlchancen. Deshalb bieten die Fachhochschulen Bürgermeister-Lehrgänge an. Das ist wahre Professionalisierung. Nicht unbedingt Berufspolitiker, aber Profis.

Unser Milizsystem wird wegen der Bürgernähe immer als vorbildlich gerühmt, Avenir Suisse schlägt vor, eine Art Bürgerdienst einzuführen.

Professionalismus und Bürgernähe sind keine Widersprüche, ganz im Gegenteil. Die bürgernächsten Politiker in Baden-Württemberg und auch in St. Gallen sind doch genau die Bürgermeister oder Stadtammänner, die bisher einzigen, die «herumziehen». Bürgernähe hat nur wenig damit zu tun, dass jemand aus dem Ort kommt, in dem er politisiert. Vielmehr hat es mit guten Anreizen und Selektion zu tun. Wenn der Markt auch für Auswärtige geöffnet wird, werden die Auswahl an fähigen Politikern sowie ihre Anreize, bürgernah zu politisieren, grösser. Die Reputation, besonders bürgernah zu sein und auch Reformen gegen die eingemachten Interessen der Verwaltung und gut organisierter Interessengruppen durchzusetzen, verbessert ihre Wahlchancen an anderen, noch attraktiveren Orten. Zudem: Der wahre Hort der Miliz sind doch die volksgewählten Rechnungs- oder Geschäftsprüfungskommissionen. Ich würde den wandernden professionellen Politikern starke RPK gegenüberstellen, die mit wirklichen Milizpolitikern besetzt

sind. Und vergessen Sie den Bürgerdienst. Avenir Suisse macht viele tolle Vorschläge. Ihr Bürgerdienst aber ist ein völliger Flop. Zwangsdienste für Bürger sind eine Katastrophe sowohl hinsichtlich Effizienz wie auch hinsichtlich Gerechtigkeit. Der einzige sinnvolle Zwang ist die Steuerpflicht. Mit den so aufgebrauchten Mitteln soll man den Staat und die Leistungen von Amtsinhabern finanzieren. Politiker müssen für ihre Leistungen angemessen entschädigt werden. Wenn die Jobs ansonsten genügend attraktiv sind, kann der finanzielle Lohn tief sein, wenn nicht, muss er hoch sein.

Was müsste passieren, damit die Stellen einfacher besetzt werden können? Der Markt ist komplett ausgetrocknet.

Die Marktöffnung und eine anständige Bezahlung würden das Problem lösen. Zudem könnte vorgesehen werden, dass wenigstens bei kleineren Teilzeitämtern auch die Wohnsitzpflicht bei Amtsausübung aufgehoben wird. Dann können Personen Ämter in mehreren Gemeinden übernehmen. Das würde ihnen erlauben, sich auf die Jobs zu konzentrieren und das nötige Know-how zu erwerben. Zudem macht die Marktöffnung den Einstieg in die Politik viel attraktiver. Trotz Personalmangel sind ja heute die Wege nach oben aus verschiedenen Gründen oft versperrt. Auch dieses Risiko macht Politik für Junge unattraktiv. Dank Marktöffnung kann man dort aktiv werden, wo es gerade Politiker braucht. Das macht Politik zu einem Weg der Chancen statt der Widerstände.

«In der Politik sind die Wege nach oben oft versperrt.»

Wer sich für eine Laufbahn in der öffentlichen Verwaltung einer Gemeinde entscheidet, legt sich auf eine Region fest. Es gibt keine berufliche Mobilität für

Verwaltungsangestellte, weil die Abschlüsse nicht anerkannt sind. Was ist zu tun?

Entweder sollten die Abschlüsse gegenseitig anerkannt werden, oder die Kantone sollten klar definieren müssen, was sie für zusätzliche Qualifikationen verlangen, und diese Qualifikationen sollten berufsbegleitend erworben werden können. Dann würden schnell Passepartout-Ausbildungen sowie gezielt ergänzende Module angeboten.

Sie postulieren, dass vernünftige, gute Entscheide von der Politik nur dort getroffen werden, wo die Gruppe der Nutzniesser möglichst gut der Gruppe der Bezahler und der Gruppe der Entscheidungsträger entspricht. Die Leute werden aber immer mobiler, sie arbeiten im Kanton X und wohnen im Kanton Y. Wie bringen Sie das unter einen Hut?

Ich bin dafür, dass sowohl die Steuern wie auch die Mitbestimmungsrechte der Pendler zerlegt werden. Ein Pendler soll am Arbeits- und am Wohnort Steuern zahlen, im einfachsten Fall halbe-halbe, mit den jeweiligen Steuersätzen. Aber er soll auch an beiden Orten je eine halbe Stimme haben oder wählen können, wo er seine politischen Rechte ausüben will.

Themawechsel. An der Delegiertenversammlung der Comunitas haben Sie über die Reform der Altersvorsorge gesprochen. Der demografische Wandel ist eine gewaltige Herausforderung.

Der demografische Wandel ist kein Problem, sondern unser Glück. Wir werden ja nicht älter, weil wir kränker werden, sondern weil wir gesünder werden. Durch die Alterung nimmt die potenziell produktive relativ zur «unproduktiven» Lebenszeit zu. Wir müssen die Früchte der Alterung nur ernten – mit einer klugen und flexiblen Erhöhung des Rentenalters. *Interview: czd*

Anzeige

Professionelle Lösungen rund um Tür und Tor

- ➔ Gesamtkonzeptionen
- ➔ Individuallösungen
- ➔ Entwicklung von Torantrieben
- ➔ Planung und Produktion in Fehraltorf
- ➔ Reparaturen und Service





Dahinden + Rohner Industrie Tor AG
 CH-8320 Fehraltorf ➔ Telefon +41 44 955 00 22 ➔ www.darotor.ch ➔ info@darotor.ch

